



Merkels Euro-Krise:

Rechtsbruch für die Banken – Politik gegen die Bürger

Die Bundesregierung hat die No-Bailout-Klausel in den europäischen Verträgen praktisch ausser Kraft gesetzt. No-Bailout bedeutet, dass kein Eurostaat für einen anderen haften sollte. Durch Merkels Europolitik haften die Bürger jetzt für die Schulden anderer Staaten in der Eurozone. Das ist ein Rechtsbruch. Das gewollte Ziel von Merkels Politik ist, dass die Banken nicht für die Risiken der von ihnen vergebenen Kredite an die Euro-Staaten haften sollen.

Banken gehen Risiken ein, streichen die Gewinne ein und die Sparer und Steuerzahler bezahlen dafür. Sie bezahlen dafür mit ihren Steuern durch direkte Zahlungen an insolvente Staaten und Banken, durch Bürgschaften und durch niedrige Zinsen auf die Sparbücher und für Lebensversicherungen.

Der Euro ist eine Fehlkonstruktion

Europa leidet unter dem Euro. Der Euro hat wettbewerbsfähige Länder wie Deutschland und die Niederlande und wettbewerbsschwache Länder wie Italien und Griechenland ökonomisch aneinander gekettet. Die Folge ist: Der Euro ist zu hart für Italien und zu weich für Deutschland. Italien kann nicht abwerten und Deutschland kann nicht aufwerten.

Die Folge ist: Die südeuropäischen Länder sind nicht wettbewerbsfähig, leiden unter hoher Arbeitslosigkeit und verschulden sich.

Zivile Koalition e.V.

Die Euro-Chronik: Desaster ohne Ende

